

**Bürger- und
Bürgerinnen-
Information**

**Iran:
Krieg
oder Frieden?**

Komitee für Grundrechte und Demokratie

**Bitte lesen, diskutieren, bestellen,
weiterverteilen und handeln!**

IMPRESSUM:

Herausgeber und Bestelladresse:

**Komitee für Grundrechte und Demokratie
Aquinostraße 7-11, 50670 Köln**

Preise incl. Porto:

Einzelexemplar: 1,- Euro

8 Exemplare: 5,- Euro

20 Exemplare: 10,- Euro

1. Auflage: September 2005, 10.000 Exemplare

Text: Mohssen Massarrat

Auswahl der Kästen, Ergänzungen und Schluss:

Andreas Buro

Presserechtlich verantwortlich:

Andreas Buro, Grävenwiesbach

Druck: hbo-druck, Einhausen

ISBN: 3-88906-118-4

Die Befürchtungen wachsen,

der Streit um das iranische Atomprogramm könne außer Kontrolle geraten. In der hiesigen Öffentlichkeit entsteht oft der Eindruck, als liege die Schuld allein bei Teheran. Doch auch wenn Iran seine Urananreicherung nicht wieder einstellt, verstößt er damit entgegen allen Behauptungen aus Washington und Erklärungen von EU-Politikern „weder gegen den Atomwaffensperrvertrag noch gegen das Pariser Abkommen mit der EU. Daher wird möglicherweise eine Reihe von Mitgliedstaaten des Gouverneursrats der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) weiterhin nicht bereit sein, Iran vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen. Doch selbst, wenn dies geschehen sollte: Ein Beschluss konkreter Maßnahmen gegen Iran würde im Sicherheitsrat am Veto Chinas und wahrscheinlich auch Russlands scheitern. Eine derartige Blockade könnte die Bush-Regierung – ähnlich wie im Frühjahr 2003 im Fall Irak – zur Rechtfertigung für ein unilaterales Vorgehen gegen Iran bis zu gezielten Militärschlägen aus der Luft und von Kriegsschiffen gegen iranische Atomanlagen nutzen.“ (Andreas Zumach, taz 5.9.2005)

Ein Horror-Szenario

Zugegeben: Das im Folgenden Beschriebene ist ein Horror-Szenario – unrealistisch ist es aber trotzdem nicht. Das denkbar Mögliche in seiner ganzen Tragweite zu denken, kann helfen gegenzusteuern, bevor es zu spät ist.

... Der UN-Sicherheitsrat beschließt auf Betreiben der USA harte Sanktionen gegen den Iran. Die USA drohen dem Iran mit Präventivkrieg. Als Reaktion darauf beginnt die iranische Marine, im Persischen Golf Minen zu verlegen. Der Iran kündigt an, den gesamten Öltransport zu blockieren. Der Westen reagiert darauf mit Empörung. Strangulierungsängste begünstigen antiislamische Ressentiments. Das Gespenst von der islamischen Bedrohung gegen die Freiheit und den Wohlstand des Westens geht erneut um die Welt. Russland und China verhalten sich in dem Konflikt neutral. Die USA beginnen mit Vorbereitungen für einen Militäreinsatz. Eine Neuauflage der Kriegsallianz von 1990, diesmal gegen den Iran, erscheint in Sicht. Der Westen bewegt sich auf einen neuen Ölkrieg zu.

Die Reaktionen auf der iranischen Seite lassen nicht lange auf sich warten. Millionen Iraner – nicht nur Anhänger des Regimes, sondern auch Reformer und national Gesinnte – beteiligen sich an antiamerikanischen Demonstrationen. Tausende melden sich freiwillig. In Islamabad, Damaskus, Jakarta gibt es antiwestliche Solidaritätsdemonstrationen. Die Hisbollah-Miliz im Südlibanon wird mobilisiert und die radikalen Schiiten eröffnen eine neue Kriegsfront gegen die US-Besatzungsmacht im Irak. Auch in Pakistan spitzt sich die Lage zu. Ein Putsch gegen den Präsidenten und US-Freund Per-vis Musharraf kann nicht mehr ausgeschlossen werden. Die USA erwägen deshalb eine Intervention in Pakistan, um das pakistanische Atomwaffenarsenal vor dem Zugriff der Islamisten in der pakistanischen Armee sicherzustellen. Al Qaida ruft zum „Heiligen Krieg“ gegen die Ungläubigen auf. Eine neue Welle von Selbstmordattentaten auch in westlichen Staaten, in Paris und Berlin treibt die Eskalation der Gewalt weiter voran, welche die Welt weiter destabilisieren würde. ...

Die Wahrscheinlichkeit dieses Szenarios würde dramatisch zunehmen, wenn im Westen die Überzeugung vorherrschte, die uneinsichtigen Hardliner in Teheran wollten es darauf anlegen, den Verhandlungsweg in die Sackgasse zu führen, obwohl die EU-Drei ihnen mit einem

angeblich großzügigen Kompromissvorschlag weit entgegengekommen seien. Da die Diplomatie den Iran nicht zum Einlenken hätte bewegen können, würden jetzt nur noch Bomben helfen. Doch ist die Situation tatsächlich so zu beurteilen?

Zunächst noch

eine wichtige Vorbemerkung:

In dieser Bürgerinformation folgen wir der immanenten Logik der Konfliktprotagonisten. Als Gegner der militärischen und zivilen Nutzung der Atomkraft lehnen wir das Nuklearprogramm des Iran genauso wie das deutsche, US-amerikanische und jedes andere Atomprogramm, von nuklearer Rüstung gar nicht zu reden, ab. In diesem Konflikt müssen wir uns jedoch auf die Ebene der Argumentation und des Verhaltens der agierenden Staaten unter Berücksichtigung des geltenden internationalen Rechts begeben.

Der Streitpunkt

Die Umwandlung von Rohuran in Urangas ist eine Vorstufe zur Anreicherung von Uran. Iran betreibt dieses – nach dem von Teheran ratifizierten Atomwaffensperrvertrag ohne Einschränkung erlaubte – Verfahren nach offizieller Darstellung nur zum Zwecke der atomaren Energiegewinnung. Insbesondere die USA und Israel hegen den Verdacht, dass Teheran Urangas hochgradig anreichern will zur Entwicklung von Atomwaffen.

Im „Pariser Abkommen“ mit dem EU-Trio Frankreich, Großbritannien und Deutschland vom November 2004 hatte Iran seine Aktivitäten zur Umwandlung und Anreicherung von Uran vorläufig suspendiert – als „freiwillige Maßnahme zur Vertrauensbildung“ sowie „für die Dauer von Verhandlungen mit der EU über ein Abkommen zur wirtschaftlichen und technologischen Kooperation sowie Sicherheitsfragen“. Da das EU-Trio während der dem Pariser Abkommen folgenden siebenmonatigen Verhandlungen aus Sicht Teherans keine ausreichenden Angebote vorlegte, zugleich aber mit der Bush-Regierung den endgültigen Verzicht Irans auf die Urananreicherung forderte, beendete Teheran Anfang August die „freiwillige“ Suspendierung. (Teheran informierte davon pflichtgemäß die Internationale Atomenergiebehörde IAEO, um ihr die Überwachung zu ermöglichen; A.B.)

Andreas Zumach (taz 5.9.2005)

Das Verhandlungsangebot ist eine Mogelpackung.

Irans Diplomaten wiesen den 34 Seiten umfassenden Vorschlag aus London, Berlin und Paris postwendend als unannehmbar und als eine „Beleidigung für das iranische Volk“ zurück. Er sei „extrem lang, wenn es um die Forderungen an den Iran geht, und absurd kurz, wenn es um die Angebote an den Iran geht“. Pokern Irans Hardliner wieder und reizen sie ihre Möglichkeiten aufs Äußerste aus oder haben sie für ihr unmissverständliches Nein zum EU-Vorschlag gute und rationale Gründe, denen sich die Öffentlichkeit im Westen nicht verschließen darf?

Bei den angeblich umfangreichen wirtschaftlichen Anreizen geht es z.B. um technologische Kooperationen im Bereich Öl und Gas, Landwirtschaft und Wasserversorgung. Dies sind keine neuen Anreize. Es handelt sich im Wesentlichen um eine Vielzahl von Projekten, die längst vereinbart bzw. begonnen worden sind. Die weiteren Angebote der EU-Drei werden umso unverbindlicher, je stärker die US-Interessen im Mittleren Osten tangiert werden. Bei Themen, die Washington missfallen, Iran aber Vorteile brächten, wie z.B. die Aufhebung von Handelsdiskriminierungen, die Aufnahme in die Welthandelsorganisation, Ersatzteillieferungen für die iranische Zivilluftfahrt, erklären sich die EU-Drei nur unverbindlich bereit, Iran zu unterstützen. Was das für den Iran besonders wichtige asiatische Pipeline-Projekt (zwischen dem Kaspischen Meer und dem Persischen Golf) angeht, signalisieren die EU-Drei sogar lediglich ihre Bereitschaft zu einer „Diskussion“. Großzügiger und verbindlicher ist das EU-Angebot bei der Zusicherung zur Bereitstellung von Brennstäben für die Atomenergie, der Rücknahme des Atommülls und der Lieferung von Leichtwasserreaktoren.

Wie verhält es sich aber mit Sicherheitsgarantien im EU-Vorschlag?

Der Iran fühlt sich zu Recht bedroht, nachdem die USA ihn auf die Achse des Bösen gesetzt und sich immer wieder ein militärisches Vorgehen gegen ihn vorbehalten haben. Er wünscht auch Sicherheit für den geplanten Aufbau von Kernkraftwerken. Sicherheit steht also ganz oben auf der Wunschliste des Iran. So wäre eine EU-Garantie für die Versorgung des nuklearen Brennstoffkreislaufs Irans nichts wert, wenn die USA sie nicht mit trügen. Doch selbst dann könnte die Versorgung in Krisensituationen auch in Zukunft immer gestoppt werden, wenn die US-Regierung es wollte. Denn das Herz der iranischen nuklearen Energieversorgung, nämlich der Brennstoffkreislauf, befände sich in der Hand des politischen Gegners. Iran wäre damit jederzeit erpressbar. Deshalb besteht Iran auf der eigenen Urananreicherung.

Auch die von den EU-Drei angebotene Garantie, den Iran mit britischen oder französischen Atomwaffen nicht zu bedrohen, geht völlig am Kern des iranischen Sicherheitsproblems vorbei und ist eigentlich ein Witz. Der Iran fühlt sich nämlich überhaupt nicht durch England oder Frankreich bedroht, sondern vielmehr durch das israelische Atomwaffenarsenal (200 – 300 Atomsprengköpfe und alle dazu erforderlichen Trägersysteme) und durch die USA, die mit ihren Militärstützpunkten rund um den Iran herum dem Land buchstäblich im Nacken sitzen. Gegen solche Angriffe findet sich allerdings nichts im Angebot der EU-Drei.

Angriffsplanung in Washington

Im Januar 2005 berichtete die Zeitschrift „The New Yorker“ über „extensive Planungen“ Washingtons, um möglicherweise Luftangriffe gegen Iran zu starten. Geheimdienstagenten seien ausgeschwärmt, um drei Dutzend Zielobjekte zwecks ihrer Zerstörung mittels Präzisionswaffen zu identifizieren, hieß es in dem Bericht weiter. Militärisch wäre es für die USA machbar, alle iranischen Nuklearanlagen zumindest so stark zu beschädigen, dass sie für lange Zeit außer Betrieb seien. Für punktgenaue Angriffe steht dem Pentagon eine Auswahl von Präzisionswaffen zur Verfügung – von lasergelenkten Wurfbomben über Marschflugkörper bis zu Raketen. So genannte intelligente Bomben könnten von Flugzeugen abgeworfen werden, die auf US-Stützpunkten in Saudi-Arabien und Qatar oder auf Flugzeugträgern der 5. Flotte stehen. In Bahrain ankernde Kriegsschiffe und auf der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean stationierte Langstreckenbomber des Typs B-52 haben Marschflugkörper mit 2.500 km Reichweite an Bord. Die Flugroute dieser „Cruise Missiles“ ist auf einer elektronischen Landkarte vorgeprogrammiert.(...) Zur Spezialmunition gehören bunkerbrechende, mit Uran gehärtete Bomben der Typen BLU-113 „Penetrator“ und BLU-109, die die USA auch an Israel geliefert haben.

Pierre Simonitsch (FR 20.8.2005)

Was verlangt die EU als „Gegenleistung“

für ihr dürftiges Angebot? Nicht weniger als den endgültigen Verzicht des Iran auf eigene Urananreicherungsanlagen und auf alles, was über den Betrieb von Atomreaktoren zur Stromerzeugung hinausgeht. Des Weiteren verlangen die EU-Drei einen vertraglichen Verzicht auf das Recht, den Atomwaffensperrvertrag zu kündigen. Keinem Staat dieser Welt ist bisher eine derartige Verpflichtung zu einem einseitigen Souveränitätsverzicht für alle Zeiten abverlangt worden. Ein solches Angebot hätte „die junge Bundesrepublik“ – so Otfried Nassauer, Direktor des Berliner Instituts für Transatlantische Sicherheitspolitik in Berlin – heftigst „zurückgewiesen“. Die Bundesrepublik trat damals dem Atomwaffensperrvertrag erst nach umfassenden Sicherheitsgarantien der drei westlichen Atommächte bei, nachdem die europäische Integration in Fahrt gekommen war.

Der Vorschlag der EU-Drei gefällt ganz sicher Israel, den USA und der europäischen Nuklearindustrie. Für den Iran bietet er jedoch kaum eine Grundlage für einen Kompromiss. Weder ein autokratisch noch ein demokratisch regierter Iran könnte je diesem EU-Vorschlag zustimmen. Eine demokratische Regierung in Teheran mit PR-Erfahrung hätte längst in Berlin, London, Paris und Brüssel eine offensive Aufklärungskampagne gestartet und für ihr Nein gegen den vermeintlichen Kompromiss vermutlich sogar viel Zuspruch erhalten.

**Für ein Scheitern der EU-Drei
sind vor allem diese selbst sowie die USA,
und nicht die Hardliner aus Teheran
verantwortlich.**

Die EU-Verhandlungsstrategie ist längst Teil der gefährlichen US-Iran-Politik geworden. Kein geringerer als Fischer hat dafür den Weg geebnet. Seine oft wiederholte Aussage, „der Iran solle sich vor einer Fehleinschätzung der Reaktionen der internationalen Gemeinschaft hüten“, ist die diplomatisch verschlüsselte Botschaft: entweder ihr akzeptiert das EU-Angebot oder euch droht ein Krieg der USA. George W. Bush und Condoleezza Rice befürworteten zwar den diplomatischen Weg der EU, ebenso entschieden erwarten sie aber, dass nach einem Scheitern dieses Weges die EU ihrer harten Linie gegen den Iran zustimmen werde. Wir sollten den diplomatischen Weg „aus taktischen Gründen den Europäern überlassen“, plauderte Anfang Juli Henry Kissinger aus dem Nähkästchen.

Kein Zweifel, die EU-Drei wollten ursprünglich die harte Sanktions- und Drohpolitik der USA durchkreuzen und hatten den Iran, durchaus entgegen der US-Taktik, zu einem befristeten Verzicht auf die Urananreicherung bewegt. Die im Prinzip schlüssige Forderung der Iraner nach einer glaubwürdigen Sicherheitsgarantie – wenn so etwas angesichts der aggressiven US-Politik überhaupt möglich ist – als Gegenleistung für einen dauerhaften Verzicht auf Urananreicherung, die nur von den USA (und Israel) gewährt werden kann, kam jedoch Bush und Rice wie gerufen. Sie verweigerten der EU die Erfüllung genau dieses iranischen Top-Wunsches. So musste die EU, um ihr Gesicht zu wahren, in letzter Minute ihren substanzlosen „Kompromiss“ zusammenbasteln. Nun sitzt sie fest im Schlepptau der US-Militärdrohungen, da sie Teheran nicht zum Verzicht auf die Urananreicherung bewegen konnte.

Der zweite große Fehler der EU-Drei

So schlugen die Amerikaner mit ihrer Weigerung gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: die EU ist jetzt der nützliche Idiot in US-amerikanischer Hand und die USA haben es nun leicht, den Iran mit Zustimmung der EU vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen und möglicherweise anschließend die iranischen Atomanlagen aus der Luft zu bombardieren; notfalls auch in eigener Verantwortung, sollten ihnen die Atommächte China bzw. Russland mit einem Veto in die Quere kommen.

Die EU-Drei sitzen in der Klemme, weil ihr Beharren auf dem einseitigen, völkerrechtlich nicht gedeckten Verzicht des Iran auf Urananreicherung von vornherein aussichtslos war und weil die EU es bisher versäumt hat, jeglicher Militärdrohung – auch als „letztem Mittel“ – entgegenzutreten und neue und weitergehende Verhandlungsfenster zu öffnen, z.B. durch ihre Bereitschaft, alsbald eine Regionalkonferenz für Kooperation und Sicherheit analog zur OSZE für den Großraum Mittlerer und Naher Osten einzuberufen. Darüber hinaus ist die EU nun sogar auf dem besten Weg, einen zweiten großen Fehler zu begehen und den Iran für ihr eigenes Versagen verantwortlich zu machen. Doch ihre Täuschung der europäischen Öffentlichkeit macht alles nur noch schlimmer, denn sie ist die wirksamste psychologische Vorbereitung für die mora-

liche Bereitschaft der EU-Bevölkerung, einem US-Krieg gegen den Iran zuzustimmen und ihn sogar zu unterstützen.

Erinnern wir uns der Lügen und Täuschungen, die anderen Kriegen vorausgingen:

Die US-Armee hat in Vietnam mehrere Jahre mit Napalmbomben gewütet, ohne dass die Amerikaner – im guten Glauben, dass die US-Regierung für eine gerechte Sache Krieg führt – sich ernsthaft damit befasst haben. Erst nachdem Tausende gefallener GIs in die Heimat zurückgeflogen wurden, begannen die US-Medien, dem Thema Vietnamkrieg auf den Grund zu gehen. Die Lüge der US-Regierung zur Legitimation des Krieges, Nordvietnam hätte US-Kriegsschiffe beschossen, haben die amerikanischen Medien zwar entlarvt, aber leider viel zu spät. Auch im Irak-Krieg hat die amerikanische Mediendemokratie versagt und die Lügen der US-Regierung über angebliche irakische Massenvernichtungswaffen unkritisch übernommen.

Über die Fähigkeit Irans, Atombomben zu bauen

Iran ist nach Ansicht US-amerikanischer Geheimdienste deutlich weiter von der Fähigkeit entfernt, Atomwaffen zu bauen, als von den USA bisher angenommen. (...) Denn Iran bräuchte auch bei einem mit Volldampf betriebenen Atomprogramm mindestens 10 Jahre, um sich ausreichend hoch angereichertes Uran für eine Atombombe zu beschaffen. (...) Bisher waren die USA von nur fünf Jahren ausgegangen. (...) Die dem Weißen Haus vorliegende Analyse fasst die Erkenntnisse aller US-Geheimdienste zusammen. (...) Während die Bush-Administration auch Teheran seit langem vorwirft, unter dem Deckmantel eines zivilen Nuklearprogramms die Entwicklung von Atomwaffen zu betreiben, heißt es laut „Washington Post“ in dem neuen Papier, man besitze keine Informationen über eine direkte Verbindung des zivilen iranischen Atomprogramms mit einem militärischen Atomprogramm.

Dietmar Ostermann (FR 3.8.2005)

Und wie ist es mit der Mediendemokratie in Deutschland und Europa bestellt?

Wollen Europas Medien mit der Kompromiss-Lüge der EU-Drei im Iran-Konflikt genauso umgehen, wie dies die US-Medien vorgemacht haben? Ist allen Verantwortlichen klar, dass die EU de facto zum Mittäter eines US-Krieges würde, selbst wenn sie ihn verbal ablehnte? Ist den EU-Politikern und der Öffentlichkeit bewusst, welche schwer kontrollierbaren Kettenreaktionen

ein US-Krieg gegen den Iran in der Region bis hin nach Europa auslösen könnte? Zum Beispiel: Die Verminung der Straße von Hormuz im Persischen Golf und die Unterbrechung der Öltransporte mit unabsehbaren Folgen für die Weltwirtschaft, die Mobilisierung der Hisbollah-Milizen im Libanon, weitere Radikalisierung der Schiiten und Zuspitzung des Chaos im Irak, ein neuer „Heiliger Krieg“ der Al Qaida, Radikalisierung der Islamisten in der pakistanischen Armee, die im Besitz von Atomwaffen ist, die Ausbreitung des Al Qaida-Terrors nach Europa mit brutalen Terroranschlägen nun auch in Paris und Berlin ...

Die irakische Realität übertrifft inzwischen bei weitem die vielerorts vor dem Krieg geäußerten Befürchtungen. Im Falle Irans würden die Folgen noch unvergleichlich dramatischer und weit reichender sein als im Irak. Die Dramatik und Dimension eines möglichen US-Krieges gegen den Iran warnt vor allem uns in Europa, nicht nur sehenden Auges die nächste Eskalationsstufe abzuwarten, sondern nach Auswegen zu suchen, bevor es zu spät ist.

Zum Atomwaffensperrvertrag – Nonproliferation Treaty NPT

Der NPT kam im Jahre 1970 nur zu Stande durch ein schon damals höchst umstrittenes Tauschgeschäft: Die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates – USA, Sowjetunion, China, Frankreich und Großbritannien – wurden offiziell als die einzigen legitimen Atomwaffenmächte anerkannt und verpflichteten sich zur Abrüstung ihrer Arsenale (NPT, Art. 6); im Gegenzug verzichtete der „Rest der Welt“ auf die Anschaffung atomarer Massenvernichtungswaffen, erhielt aber das uneingeschränkte Recht zur Nutzung aller verfügbarer Technologien für die Gewinnung atomarer Energie in Anlagen, die von der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) kontrolliert werden. Dieses politische Tauschgeschäft von 1970 hängt inzwischen nur noch an einem seidenen Faden. Aus vier Gründen:

1. Mangelnde Vertragserfüllung oder offene Verstöße durch manche der inzwischen 188 NPT-Unterzeichnerstaaten:

- *Statt ihre Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen, halten die fünf A-Waffen-Mächte in ihren Militärstrategien weiterhin an diesen Massenvernichtungswaffen fest. Die USA entwickeln darüber hinaus neue atomare Waffen und drohen anderen Staaten offen mit dem „vorbeugenden“ Ersteinsatz.*
- *Iran und andere Staaten haben zeitweise Atomanlagen betrieben, ohne diese der IAEO zu melden. In einem Fall hat Iran ein paar Gramm Uran bis zum waffenfähigen Grad hochangereichert.*
- *Die „nukleare Teilhabe“ Deutschlands und anderer NATO-Staaten am Atomarsenal der USA verstößt gegen den NPT.*

2. Entwicklungen in einigen Nicht-Vertragsstaaten:

- *Israel sowie die beiden verfeindeten Nachbarstaaten Indien und Pakistan ... sind de facto*

Atomwaffenstaaten.

- *Nordkorea ist 2003 aus dem NPT ausgetreten und hat im Frühjahr diesen Jahres verkündet, es verfüge über einsatzfähige Atomsprengköpfe.*

3. Kriege und Kriegsdrohungen der USA gegen Länder des Südens seit Ende des Ost-West-Konflikts.

- *Insbesondere der Irak-Krieg vom Frühjahr 2003 sowie die unverhüllten Kriegsdrohungen gegen „Schurkenstaaten“ in der nationalen Militärstrategie der USA vom September 2002 sowie in anderen Regierungsdokumenten der Bush-Administration haben in Ländern des Südens die Einschätzung gestärkt, die Anschaffung von Atomwaffen sei die beste Versicherung gegen einen Angriff der USA.*

4. Die NPT-widrigen Forderungen, die die USA und die EU im aktuellen Konflikt an Iran richten:

- *Die USA und die EU verlangen vom Iran den dauerhaften Verzicht auf die Umwandlung und die Anreicherung von Uran, obwohl beide Verfahren zum Zwecke der Energiegewinnung durch den NPT erlaubt sind. Hinter dieser von vornherein zum Scheitern verurteilten Forderung steht die von der Bush-Administration vertretene und inzwischen von der EU übernommene Behauptung, mit den Instrumenten des NPT lasse sich das iranische Atomprogramm nicht verlässlich kontrollieren und daher ein Missbrauch der Urananreicherung zur Entwicklung von Atomwaffen nicht verhindern. Diese Behauptung Washingtons und Brüssels stellt den NPT grundsätzlich in Frage.*

Andreas Zumach (taz 9.8.2005)

Die EU hätte immer noch die Möglichkeit, das Ruder herumzureißen.

und ihre Eigenständigkeit in diesem Konflikt zurückzugewinnen. Dazu müsste sie sich aber als weitere Gegenleistung für den iranischen Verzicht auf Urananreicherung für eine baldige Konferenz zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Mittleren und Nahen Osten glaubhaft einsetzen. So könnte ein neues Fenster geöffnet werden. Dadurch würde es auch möglich, die Zukunft für die gesamte Region neu zu denken. Die Perspektive einer Organisation der regionalen Sicherheit für den Mittleren und Nahen Osten (OSZMNO) ist ohnehin die wichtigste Grundlage für die friedliche Regelung zahlreicher anderer grenzüberschreitender ethnischer Konflikte sowie von Streitigkeiten um die Nutzung von Ölquellen, Wasserquellen und Wasserstraßen. Europa könnte wesentlich dazu beitragen, dieses Fenster des Friedens für eine der sensibelsten Regionen der Welt zu öffnen. Es lohnte sich, dafür propagandistische Angriffe der US-Neokonservativen und von Israels Premier Scharon auf sich zu nehmen: Reformkräfte in der gesamten Region, auch in Israel, erhielten neuen Auftrieb, und der innenpolitische Konsens für Atomwaffen verlöre im Iran seine Legitimation.

Ein Sieben-Punkte-Plan für den Iran und für eine friedliche Entwicklung in der Region

Die islamische Republik Iran hat, wie immer man ihren gegenwärtigen Zustand auch analysiert und kritisiert, ein substantielles Interesse an Frieden und politischer Stabilität im Großraum Mittlerer Osten. Der Iran hat dank seiner geopolitischen Lage viele Möglichkeiten, die Perspektive für eine massenvernichtungsfreie Zone zum wichtigsten Thema der Weltpolitik und vor allem des Mittleren Ostens zu machen. Er hat ferner gute Voraussetzungen, eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung einer solchen zukunftssträchtigen Perspektive zu übernehmen und dabei seine eigene gegenwärtige Isolation zu überwinden. Eine auf diesen Voraussetzungen sich entwickelnde Zusammenarbeit mit der EU könnte der militärgestützten US-Hegemonialstrategie, die vor allem auf die Beherrschung der Ölnutzung der Region ausgerichtet ist, die Grundlage entziehen und deeskalierend wirken.

Der folgende Vorschlag geht von Initiativen des Irans aus. Er soll zeigen, dass es Alternativen zu einer Politik der zunehmenden Konfrontation gibt, die sowohl im Interesse des Wohlergehens der Völker und Staaten der Region liegen, wie auch vorteilhaft für eine Kooperation Europas sind. Die Verwirklichung der hier skizzierten Schritte kann freilich nicht allein von dem Iran erwartet werden. Auch EU-Europa muss an einer solchen Alternative mitwirken und sie unterstützen.

1. Die islamische Republik Iran erklärt die **Errichtung einer von Massenvernichtungswaffen freien Zone im Mittleren und Nahen Osten** zum vordringlichsten Ziel ihrer Mittel- und Nahostpolitik. Sie fordert alle Staaten der Region – einschließlich Israels – auf, sich grundsätzlich zu Verhandlungen für dieses Ziel ohne Vorbedingungen bereit zu erklären.
2. Der Iran unterbreitet allen Staaten der Region einen Verfahrensvorschlag für den Beginn einer **„regionalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit“**.
3. Der Iran erklärt seine Bereitschaft, mit dem Beginn der Verhandlungen als vertrauensbildende Maßnahme die **Urananreicherung bis auf weiteres freiwillig auszusetzen** und entsprechende Kontrollen zuzulassen.
4. Der Iran bietet allen Staaten der Region als weitere vertrauensbildende Maßnahme an, **bilaterale Nichtangriffsabkommen** zu vereinbaren.
5. Der Iran schlägt Irak und den Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrates die **Bildung einer gemeinsamen Kommission** vor mit dem Ziel, Verfahren und Regeln für den Zugang zu internationalen Gewässern, zur Beilegung von Streitigkeiten bei der gemeinsamen Nutzung des Shatt-al-Arab und bei den grenzüberschreitenden Öl- und Gasvorkommen sowie zur Klärung sonstiger Territorialfragen zu entwickeln.
6. Der Iran erklärt sich bereit, gemeinsam mit allen Staaten im Mittleren und Nahen Osten Schritte zur **Reduzierung der Militärpotentiale** und zur Entwicklung von Konzepten zur gemeinsamen Sicherheit einzuleiten.

7. Der Iran schlägt die Schaffung eines **Regionalfonds** vor, der dazu dienen soll Aufbauprogramme in Palästina und anderen schwach entwickelten Regionen zu fördern. Ferner sind daraus gemeinsame ökonomische, regionale und soziale Projekte zu finanzieren. Z.B. Stromnetze für die gesamte Region, Meerwasserentsalzungsanlagen, Programme zur Armutsbekämpfung, zur Alphabetisierung, zur medizinischen Grundversorgung, zum Katastrophenschutz, zur Bekämpfung der Ausbreitung der Wüsten, zum Ausbau regenerativer Energien und zur Einrichtung gemeinsamer Forschungsinstitute und Universitäten.

Der Konflikt verschärft sich.

Auf der UN-Generalversammlung erklärte der neu gewählte iranische Präsident Ahmadinejad am 17.9.2005, Teheran wolle an seinem Atomprogramm festhalten, sei aber zu einer ernsthaften Partnerschaft mit dem privaten und öffentlichen Sektor anderer Länder bereit. Diese Partnerschaft solle auch der Kontrolle des Programms dienen. Er versicherte weiter, die Urananreicherung diene ausschließlich zivilen Zwecken und nicht der Herstellung von Atomwaffen. Vorher hatte der Präsident verlauten lassen, das nukleare Wissen Irans könne allen islamischen Staaten zur Verfügung gestellt werden. Er verlangte von der Vollversammlung die Bildung einer Kommission zur Untersuchung von Verletzungen des Nichtverbreitungsvertrages. Sie solle klären, von wem Israel spaltbares Material und Technik zum Bau seiner Atomwaffen erhalten habe. Ferner solle diese Kommission Vorschläge für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten machen. (SZ 19.9.2005).

Die EU-Drei reagierten ablehnend auf die Rede Ahmadinejads. Der französische Außenminister erklärte, die Anrufung des UN-Sicherheitsrates bliebe auf der Tagesordnung. Dementsprechend wollen die EU-Drei und die USA dem Gouverneursrat der IAEO einen Resolutionsentwurf vorlegen, nach dem der Sicherheitsrat mit dem Fall befasst werden soll.

Eine zivile Konfliktlösung ist möglich.

Sie beruht nicht auf Druck und Bedrohung des Iran, sondern auf der Respektierung der Sicherheitsinteressen dieses Landes. Die USA und Israel müssen glaubhafte Nichtangriffsgarantien geben, denn diese Staaten hat Iran am meisten zu fürchten. Dann könnte Teheran sich auch mit verstärkten Kontrollen durch die IAEO einverstanden erklären.

Die große Gefahr einer Eskalation des Konflikts erfordert, dem Feindbild des „bösen Iran“ entgegenzutreten, der die alleinige Schuld an dem Konflikt habe. Das bedeutet keine Sympathieerklärung für die jetzige Herrschaft in Iran und auch kein Einverständnis mit einem etwaigen Streben Teherans nach Atomwaffen. Es bedeutet aber, alles zu tun, um das gefährliche Erpressungsspiel Washingtons unter der Beihilfe der EU zu verhindern. Die Aufgabe der Friedensbewegung besteht deshalb darin, in der Öffentlichkeit der einseitigen Schuldzuweisung entgegenzutreten und auf die friedlichen alternativen Lösungsmöglichkeiten für den Konflikt hinzuweisen, wo immer dies möglich ist.

Komitee für Grundrechte und Demokratie

Das Komitee begreift als seine Hauptaufgaben, einerseits aktuelle Verletzungen von Menschenrechten kundzutun und sich für diejenigen einzusetzen, deren Rechte verletzt worden sind (z.B. sogenannte Demonstrationsdelikte, Justizwillkür, Diskriminierung, Berufsverbote, Ausländerfeindlichkeit, Totalverweigerung, Asyl- und Flüchtlingspolitik), andererseits aber auch Verletzungen aufzuspüren, die nicht unmittelbar zutage treten und in den gesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungen angelegt sind (struktureller Begriff der Menschenrechte). Die Gefährdung der Grund- und Menschenrechte hat viele Dimensionen, vom Betrieb bis zur Polizei, vom „Atomstaat“ bis zur Friedensfrage, von der Umweltzerstörung bis zu den neuen Technologien, von der Meinungsfreiheit bis zum Demonstrationsrecht, von Arbeitslosigkeit bis zur sozialen Deklassierung, von den zahlreichen „Minderheiten“ bis zur längst nicht verwirklichten Gleichberechtigung der Frau.

Vor allem praktische Hilfs- und Unterstützungsarbeit ist arbeits- und kostenaufwendig. Helfen Sie uns helfen! Spenden für die Komiteearbeit sind steuerlich absetzbar. Auf Anfrage senden wir Ihnen gerne nähere Informationen zur Komiteearbeit, unsere Publikationsliste sowie Hinweise zur Möglichkeit der Fördermitgliedschaft.

**Komitee für Grundrechte und Demokratie
Aquinostr. 7-11, 50670 Köln
Volksbank Odenwald, 64743 Beerfelden,
Konto Nr. 8 024 618, BLZ 508 635 13**